

**Änderungsantrag zum Antrag 82-03-01: Kostenübernahme der
Wiederholungswahl Skandinavistik / Dänisch Lehramt („Option A:
Stattdessen Briefwahl“)**

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher (UDP), Daniel Mäckelmann (UDP), Melih-Tarik Özdemir (Juso-HSG Kiel)

Antragstext:

Der Antrag 82-03-01 wird wie folgt neugefasst:

Das Studierendenparlament möge die Kostenübernahme der Wiederholungswahl Skandinavistik / Dänisch Lehramt in Höhe von 1.794,81 Euro im Onlineverfahren mittels POLYAS ablehnen, dem Wahlausschuss die Durchführung der Wiederholungswahl als Briefwahl mit Ermöglichung der Urnenwahl empfehlen und zugleich folgende Stellungnahme beschließen:

**Stellungnahme zur Kostenübernahme der Wiederholungswahl Skandinavistik
/ Dänisch Lehramt**

Aufgrund eines mandatsrelevanten Wahlfehlers muss die Wahl der Fachschaft Skandinavistik / Dänisch Lehramt wiederholt werden. Bei dieser Wiederholungswahl handelt es sich laut Rechtsauffassung des Justiziariats unserer Universität um eine zusammenhängende Wahl mit der ursprünglichen Wahl, weshalb der Wahlmodus derselbe wie bei der ursprünglichen Wahl sein müsse, also Onlinewahl.

Unserer Kenntnis nach ist POLYAS die einzige BSI-zertifizierte Software für Onlinewahlen auf dem Markt. Das BSI-Zertifikat von POLYAS¹ basiert zwar auf einer inzwischen durch eine neuere Fassung ersetzen Richtlinie von 2008², behält aber bis 2026 seine Gültigkeit. Außerdem gilt die Zertifizierung nicht vollständig für die Art und Weise, wie POLYAS an unserer Uni eingesetzt wird (Authentifizierung via Rechenzentrums-Account), sondern nur für die Authentifizierung mit PIN und TAN³. Da es sich bei POLYAS aber um die einzige auf

diese Weise zertifizierte Onlinewahlsoftware handelt, sehen wir in der Nutzung dieser Software noch die beste Möglichkeit, eine Onlinewahl sicher durchzuführen.

POLYAS verlangt für die Nutzung seiner Software für die Wiederholungswahl bei 221 Wahlberechtigten 1.794,81 €⁴. Damit belaufen sich die Kosten pro wahlberechtigte Person auf ca. 8,21 € bzw. ca. 42,73 € für jede der 42 Personen, die an der ursprünglichen Wahl teilgenommen haben⁵. Es wäre also deutlich günstiger, jede*r Wähler*in Briefwahlunterlagen zuzuschicken. Hinzu kommt, dass aller Voraussicht nach nur eine Liste zur Wahl eingereicht wird, die dann nur eine einzige Wähler*innenstimme benötigt, um in Gänze gewählt zu werden.

Wir halten die Höhe der durch die Durchführung einer Onlinewahl entstehenden Kosten völlig überzogen und deren Übernahme damit für nicht vertretbar. Es liegt der Verdacht nahe, dass POLYAS mit seinem Angebot unsere Zwangslage auszunutzen versucht, um sich für die Durchführung der Onlinewahl Vermögensvorteile zu gewähren, die in einem auffälligen Missverhältnis zur erbrachten Leistung stehen. Die Studierendenschaft ist insbesondere auch durch die Landeshaushaltsordnung dazu angehalten, die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei ihren Ausgaben zu beachten.

Abgesehen davon teilen wir die Rechtsauffassung des Justiziariats nicht und halten die Durchführung der Wiederholungswahl mit einem anderen Wahlmodus als die ursprüngliche Wahl durchaus für möglich. Schließlich schreiben weder das Hochschulgesetz noch die Wahlordnung der Studierendenschaft etwas anderes vor. Wir planen dennoch, die Wahlordnung zeitnah dahingehend klarstellend zu ändern, dass für die Durchführung einer Wiederholungswahl ausdrücklich ein anderer Wahlmodus gestattet ist.

Angesichts dieser Umstände können wir einer Kostenübernahme der 1.794,81 € für die Nutzung von POLYAS nicht zustimmen. Abschließend möchten wir dem Wahlausschuss empfehlen, die Wiederholungswahl entgegen der Rechtsauffassung des Justiziariats als Briefwahl mit Ermöglichung der Urnenwahl durchzuführen.

- 1: https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Zertifikate/CC/CC/Sonstiges/0862_0862V2.html
- 2: <https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Oeffentliche-Verwaltung/Moderner-Staat/Online-Wahlen/Schutzprofile/Online-Wahlprodukte/schutzprofile/online-wahlprodukte/node.html>
- 3: Siehe Zertifizierungsreport Abschnitt 10, Seite 26 / 31, „Dem Benutzer wird für die Anmeldung...“; abrufbar unter:
https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Zertifizierung/Reporte/Reporte08/0862V2a_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- 4: [interne Unterlagen]
- 5: Siehe „Detailergebnis StuPa und Fachschaftswahl 2024 (vorläufig)“, Seite 59; abrufbar unter: https://studiwahlen.uni-kiel.de/wp-content/uploads/2024/07/vorlaeufiges-Wahlergebnis-2024-2024-07-01-14_48_53.pdf

Antragsbegründung:

Die Studierendenschaft der CAU befindet sich aktuell in einer misslichen Lage. Die Fachschaftswahlen 2024 müssen zum Teil wiederholt werden, und die Kosten dafür hat die Studierendenschaft zu tragen. Dies ist richtig und demokratisch geboten. Allerdings müssen diese Kosten auch verhältnismäßig sein, und das ist das vorliegende Angebot nicht. Hierbei sollte man bedenken, dass die Nutzung von POLYAS nach Ansicht des Wahlprüfungsausschusses nicht mit der aktuellen Fassung der Wahlordnung vereinbar ist. Mit dem vorliegenden Angebot würde die Studierendenschaft also sehenden Auges in einen Wahlfehler rennen.

Insbesondere ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass POLYAS aktuell eine Monopolstellung für BSI-zertifizierte Online-Wahlsoftware innehat, und daher entsprechende Preise fordern kann. Nicht unerwähnt lassen sollte man auch, dass die konkrete Verwendung des POLYAS-Systems an der CAU nicht vom BSI-Zertifikat gedeckt ist. Dies ist unserer Ansicht nach, insbesondere für künftige Wahlen, ein wichtiger Anhaltspunkt. Wir halten es für sehr wichtig, dies offen gegenüber der Hochschulöffentlichkeit zu kommunizieren. Wir halten daher die Wiederholung als Briefwahl mit Ermöglichung der Urnenwahl für zwingend geboten. Selbst wenn die Möglichkeit, den Wahlmodus für die Wiederholungswahlen zu ändern nicht in der Wahlordnung vorgesehen ist, halten wir dies nicht für unzulässig. Selbst wenn es ein Wahlfehler sein sollte, den Wahlmodus zu verändern, so wird dies aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mandatsrelevant sein, und

gleichzeitig weniger Kosten für die Studierendenschaft verursachen. Daher wäre, selbst wenn man der Rechtsauffassung des Justiziariats der Universität folgt, die Briefwahl die gebotene Lösung, da alle Alternativen zwangsläufig gegen die Wahlordnung verstoßen würden, und unter diesen Alternativen die Briefwahl die wirtschaftlichste Lösung ist.

Das Studierendenparlament sollte daher in Wahrnehmung seiner fiskalischen Verantwortung die Kostenübernahme ablehnen und dem Wahlausschuss den wirtschaftlich sinnvolleren Wahlmodus empfehlen. Die entsprechend gesparten Mittel sollten zum Wohle der Studierendenschaft eingesetzt werden.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.